

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Befellungen nehmen die Druckerei und für Anzeigen die Postanstalt entgegen. — Druckerei: Auer, Leipzig, Nr. 23.

Verantwortlich: Dr. Robert Schönbauer, Auer, Leipzig, Nr. 23. Druckerei: Auer, Leipzig, Nr. 23.

Telegramme: Auer, Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1996

Nr. 295

Sonnabend, den 17. Dezember 1932

27. Jahrgang

Schleicher über sein Programm

Die Rundfunkrede des Kanzlers — Arbeitsbeschaffung ist die Hauptaufgabe — Bekenntnis zum sozialen Gedanken — Warnung an die zerkündernden Kräfte

„Ert wägen, dann wagen!“

Berlin, 16. Dezember. Reichskanzler von Schleicher hielt gestern abend 7 Uhr im Rundfunk seine angekündigte Rede, die von sämtlichen Sendern des Reiches übernommen wurde. Der Kanzler führte u. a. aus: Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zunächst einige persönliche Bemerkungen. Der General Sigmann hat als Alterspräsident im Reichstage, also in einem Augenblick, in dem er nur seiner eigenen Disziplin, seinem eigenen Gewissen untersteht,

Bemerkungen über den Herrn Reichspräsidenten gemacht, die auf das Schärfste zurückgewiesen werden müssen. Wenn auch die historische Persönlichkeit des Herrn Reichspräsidenten weit über den üblichen Angriffen steht, so bleibt es doch tief bedauerlich, daß ein angesehener General des Weltkrieges mit diesen Angriffen nicht nur gegen das Staatsoberhaupt, sondern auch gegen den alten Kameraden und seinen großen Führer im Weltkrieg Stellung genommen hat. Dies hier zum Ausdruck zu bringen, ist mir Pflicht und Bedürfnis, sowohl als Reichskanzler wie als Soldat. — Ich habe gegen die Annahme des Reichsamtes die allerhöchsten Bedenken gehabt. Einmal, weil ich nicht der Nachfolger meines Freundes Papen, dieses Ritters ohne Furcht und Tadel, sein wollte, dessen von reinstem Willen und hoher Vaterlandsliebe getragenes Wirken erst eine spätere Zeit voll anerkennen wird, vor allen Dingen aber, weil der Wehrminister als Reichskanzler nach Militärdisziplin rief, und weil die Gefahr nicht von der Hand zu weisen ist, daß durch eine Verbindung dieser beiden Ämter zu hart in die Politik gezogen werde könnte. Aus die Überlegung, daß eine solche Maßnahme den Ernst der Situation so scharf kennzeichnen und auf gewisse Unruhebestimmter so abschließend wirken würde, daß dadurch der tatsächliche Einfluß der Wehrmacht verhindert werden kann, hat mich zur Zurückstellung meiner Bedenken veranlaßt. Ich möchte deshalb heute an alle Volksgenossen die Bitte richten, in mir nicht nur den Soldaten, sondern

den überparteilichen Sachwalter der Interessen aller Bevölkerungsschichten für eine hoffentlich nur kurze Zeit zu sehen, der nicht gekommen ist, das Schwert zu bringen, sondern den Frieden. Ich glaube das hier umso mehr sagen zu dürfen, als meine Ansichten über Militärdisziplin nicht erst von heute sind und allgemein bekannt sein dürften. Ich habe es schon verschiedentlich zum Ausdruck gebracht und wiederhole es heute: Es ist sich schlecht auf der Spitze der Bajonette, d. h., man kann auf die Dauer nicht ohne eine breite Volkstimmung hinter sich regieren. Diese Stimmung in den breiten Schichten der Bevölkerung wird sich aber gerade eine Regierung, wie die von mir geführte, erst durch ihre Taten erwerben müssen, und ich gebe mich über die Schwere dieser Aufgabe keinerlei Illusionen hin. Zunächst werde ich schon zufrieden sein, wenn die Volkswirtschaft, der ich für diese Zeit gern eine starke Dosis gelandeten Misstrauens zubillige, der Regierung ohne Hineinreden und die hinsichtlich bekannter parlamentarischer Methoden Gelegenheit gibt, ihr Programm durchzuführen.

Dieses Programm besteht aus einem einzigen Punkte: „Arbeit schaffen!“ Alle Maßnahmen, die die Reichsregierung in den nächsten Monaten durchführen wird, werden mehr oder weniger diesem einen Ziele dienen. Ich habe mich in den letzten Wochen auf Fahrten durch die deutschen Lande davon überzeugen können, daß den Deutschen aller Stände ausschließlich der eine Gedanke beherrscht: „Gibt uns Arbeit und damit die Hoffnung zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg. Alles andere interessiert uns nicht, am wenigsten Verfassungsänderungen und sonstige schöne Dinge, von denen wir nicht satt werden.“

Nach einem Hinweis auf das oberste Gesetz jeder Staatsführung, den Kampf des Volkes gegen die schweren wirtschaftlichen Nöte zu unterstützen und einer Verzweiflungs- und Katastrophenstimmung vorzubeugen, erklärte der Kanzler, man könne Menschen, die der Verzweiflung nahe seien, nicht mit einer Auseinandersetzung darüber überreden, daß nach den Gesetzen wirtschaftlicher Vernunft auf jedes wirtschaftliche Tief ein Hoch zu folgen pflege. Sie wollten als baldige, tatsächliche Hilfe sehen. Deshalb müsse man rechtzeitig Dämme einbauen, damit die Fluten nicht über uns weggegangen sind, bevor die wirtschaftliche Erholung sichtbar wird, auch wenn diese Dämme nicht hundertprozentig den strengsten Gesetzen der wirtschaftlichen Vernunft entsprechen. Der Kanzler fuhr fort: Ich habe deswegen dem Herrn Reichspräsidenten die Ernennung eines Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung vorgeschlagen. Seine Aufgabe wird es sein, jeder Arbeitsmöglichkeit nachzuspüren,

ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzustellen und seine Durchführung zu überwachen, wobei er die notwendigen und sonstigen Hemmungen gegenüber die Rolle des Schlichterhundes übernehmen muß. Das Programm muß in erster Linie auf die Instandsetzung der vorhandenen Produktionskräfte und auf ihre Verbesserung abgestellt werden und die Vergabe der Arbeiten an

Unternehmer ist der Ausführung in eigener Regie vorzuziehen. Entscheidend wichtig war es, daß für die Finanzierung eine Lösung gefunden wurde, die jede Inflation ausschließt. Dafür bietet die Mitarbeit des Reichsbankpräsidenten Luther, den man wohl als den Grauhäuter der Währung bezeichnen darf, die sicherste Garantie. In kurzen Sätzen kann man

die Finanzlage

folgendermaßen charakterisieren: 1. Wir werden im laufenden Etatsjahr im Reich ohne neue Steuern und ohne weitere Kürzungen der Personalausgaben durchkommen, was immerhin einen erheblichen Fortschritt gegen die beiden letzten Krisenjahre bedeutet. 2. Das Reich hilft Ländern und Gemeinden, deren finanzielle Verhältnisse zum Teil sehr schwierig liegen, durch organisatorische und finanzielle Maßnahmen. Mit der Frage der Arbeitsbeschaffung hängt die Steuervergütung zusammen. Ueber die Notwendigkeit zu handeln, und zwar so schnell und viel wie möglich, sind wir uns alle einig. Aber wir wollen uns nichts vormachen. Mit dem Vollbringen des Guten hat es bislang arg gehapert. Gerade auch als Wehrminister muß ich auf Besiedelung unserer Ostmark den größten Wert legen. Für das Jahr 1933 sind zunächst 90 Millionen RM für die Besiedlungen im Haushaltsplan bereitgestellt worden und weitere 50 Millionen werden unter Mitwirkung der Reichsbank vorfinanziert. In den Randbezirken Ostpreußen, Grenzmark, Pommern und Mecklenburg wird der Besiedelung folgendes Land zugeführt werden: In Ostpreußen etwa 800 000 Morgen, in der Grenzmark etwa 100 000 Morgen, in Pommern etwa 280 000 Morgen, in beiden Mecklenburg etwa 120 000 Morgen. Es ist damit zu rechnen, daß sich diese Zahlen in der weiteren Abwicklung des Ostkolonialverkehrs, das aufs äußerste beschleunigt werden wird, noch sehr erheblich erhöhen werden.

Ich bin lehrerlich genug, eingestehen, daß ich weder ein Anhänger des Kapitalismus noch des Sozialismus bin,

daß für mich Begriffe wie „Privat- oder Planwirtschaft“ ihre Schrecken verloren haben, ganz einfach, weil es diese Begriffe in absoluter Reinheit im Wirtschaftsleben gar nicht mehr gibt und auch gar nicht geben kann, und deshalb vertrete ich den Standpunkt, man soll in der Wirtschaft das tun, was im gegebenen Moment vernünftig ist und aller Wahrscheinlichkeit nach zu den besten Resultaten für Volk und Land führt und sich nicht eines Dogmas wegen die Köpfe einschlagen. In diesem Sinne hält die Reichsregierung zurzeit

folgende wirtschaftlichen Richtlinien

für vernünftig, was nicht ausschließt, daß nach Jahr und Tag die Situation andere Maßnahmen erfordert. Es gilt den erstklassig hohen Stand der Erzeugung an Nahrungsmitteln zu erhalten und der Landwirtschaft gesunde Erzeugungsbedingungen zu verschaffen. Die Arbeitslosigkeit kann auf die Dauer nur vermindert werden, wenn es gelingt, den Umfang der gewerblichen und industriellen Tätigkeit erheblich zu verbessern. Die Regierung wird daher nach wie vor ihr Augenmerk in erster Linie auf eine Belebung des Binnenmarktes richten, der die härtesten Schramppfungen aufweist. Sie ist sich aber darüber klar, daß auch die größte Belebung des Binnenmarktes nicht ausreicht, um für Brot und Arbeit zu sorgen. Unsere Wirtschaft kann nur gedeihen, wenn wir nebeneinander sowohl die Nutzung des heimischen Bodens wie auch die gewerbliche Tätigkeit für den Inlandsmarkt und schließlich den Warenaustausch mit dem Ausland in zweckmäßigem Verhältnis

zueinander pflegen. Von dieser Grundeinstellung aus hat die frühere Regierung ihr bekanntes Wirtschaftsprogramm aufgebaut. Dieses Wirtschaftsprogramm hält auch die gegenwärtige Regierung in seinen wesentlichen Teilen für eine geeignete Grundlage zur Lösung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Sie ist davon überzeugt, daß dieses Programm dazu beigetragen hat, die wenn auch zunächst noch bescheidene Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen, wie sie sich in den Ziffern über die Belebung der gewerblichen Produktion, die Zunahme des Verkehrs und den relativen Rückgang der Arbeitslosigkeit kennzeichnet. Sie ist sich aber ebenso darüber klar, daß es noch einer größeren Zeitspanne als der bisher vergangenen bedarf, um die vollen Auswirkungen jenes Programmes festzustellen. Traditionsgemäß besteht zwischen den Soldaten und der landwirtschaftlichen Bevölkerung ein ganz besonderes Verhältnis und sie werden es deshalb verstehen, wenn ich auch als Reichskanzler bemüht sein werde, den Nöten der Landwirtschaft so weit als möglich abzuhelfen. Ihr ganz besonderes Augenmerk wird die Reichsregierung auf die Befestigung der Vermischung von Staats- und Privatwirtschaft

richten. Es geht nicht an, daß große Unternehmungen alle Vorteile der Privatwirtschaft genießen sollen, alle Nachteile aber, vor allen Dingen also das Risiko, auf den Staat abwälzen. Für Betriebe, die in irgend einer Form mit Staatsgeldern arbeiten, dürfen in Zukunft nur die Grundzüge für Staatsbetriebe Geltung haben. Jede andere Regelung bedeutet eine nicht zu rechtfertigende Bevorzugung Einzelner auf Kosten der Allgemeinheit.

Es ist etwas zu viel verlangt, in dieser schweren Krisenzeit freudige — ich unterstreiche das Wort „freudige“ — Mitarbeit zu verlangen und doch weiß ich, daß beim deutschen Volke auch dies möglich ist, wenn bei allen notwendigen Anordnungen der soziale Gesichtspunkt berücksichtigt wird.

Also ein sozialer General,

höre ich manchen meiner Zuhörer mit zweifelndem oder sogar spöttischem Achselzucken sagen. Ja, meine Damen und Herren, es hat in der Tat nichts Sozialeres gegeben, als die Arme der allgemeinen Wehrpflicht, in der Arm und Reich, Offizier und Mann in Reich und Glied zusammenstehend und in den Wandertaten des Weltkrieges eine Kameradschaft und ein Zusammengehörigkeitsgefühl bewiesen haben, wie es die Geschichte nicht leugnen kann. Ich betrachte es daher im Sinne der Reichswehr als Pflicht des Herrn Reichspräsidenten, der erst kürzlich wieder bei einer Unterredung mit den Führern der christlichen Gewerkschaften seine Volksoberbundenheit zum Ausdruck gebracht hat, als

eine meiner Hauptaufgaben, den sozialen Gesichtspunkt bei allen Regierungsmaßnahmen zur Geltung zu bringen.

Auf dem Gebiete des Sozialrechtes ist eine gewisse Entspannung schon dadurch eingetreten, daß der Reichstag die Aufhebung der weitgehenden Ermächtigung der Reichsregierung aus dem zweiten Teil der Verordnung vom 4. September 1932 beschlossen hat. Ich nehme an, daß dieser Beschluß nach entsprechender Stellungnahme des Reichsrates schon in den nächsten Tagen Gesetzeskraft erlangen wird. Die auf dieser Ermächtigung beruhende Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsbeschaffung vom 5. September 1932, die starke Eingriffe in den Tarifvertrag gebracht hatte, ohne die in sie gesetzten Erwartungen auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes zu erfüllen, hat die Reichsregierung gestern be-

Reichskanzler von Schleicher vor dem Mikrophon

